

Antifaschismus ist kein Verbrechen - nirgends! Solidarität mit AntifaschistInnen in der Ukraine und Russland

Demonstration, Freitag 3. Juli 2009, 16:00
Auftaktkundgebung: Ukrainische Botschaft, Albrechtstr. 26
Abschlusskundgebung: Russische Botschaft, Unter den Linden 63-65

Von Russland...

In den letzten Jahren häufen sich die Nachrichten über rechten Straßenterror in Russland. Im Jahr 2008 haben die Rechten nach Angaben der NGO "Sova" mehr als 100 Menschen ermordet.

Und das sind nur die bekannt gewordenen Fälle. Polizei und Sicherheitsbehörden zeigen kein Interesse, diese Verbrechen wirklich aufzuklären. Auch im Staatsapparat ist ein Zunehmen extrem rechten, nationalistischen und rassistischen Ideengutes zu verzeichnen. Nicht alle sind mit dieser Entwicklung einverstanden. In vielen Städten und Regionen gibt es aktive antifaschistische Gruppen und Initiativen. Ihre AktivistInnen riskieren oft ihr Leben, wenn sie den Nazis entgegentreten, oder auch nur aktiv eine andere Meinung vertreten. Zunehmend sind die AntifaschistInnen jedoch nicht nur bedroht von den faschistischen Schlägerbanden, sondern auch Opfer staatlicher Repression. Diese reicht von Massenfestnahmen bei Konzerten und Filmvorführungen, dem Verbot von Demos und Kundgebungen, bis hin zu Drohungen und Schlägen der Polizei gegen AntifaschistInnen. Insbesondere AntifaschistInnen, die in Notwehr gegen faschistische Angriffe handeln, werden Kriminalisiert

Die Liste solcher Fälle, in denen AntifaschistInnen zum Teil zu erheblichen Haftstrafen verurteilt werden, ist lang: Alexej „Shkobar“ Olesinov stand wegen fabrizierter Vorwürfe in Moskau vor Gericht und erhielt ein Jahr Haftstrafe – ausgerechnet am 20. April, „Hitlers Geburtstag“. Alexej Bytschin, der in Notwehr einen Faschisten verletzte, wurde in Petersburg zu 5 Jahren Haft verurteilt – am 8. Mai, dem Tag des Sieges über den Faschismus. Jura M. aus Vladivostok, dem vor zwei Jahren nach einem Nazi-Angriff ein inneres Organ entfernt werden musste, verletzte in Notwehr einen Angreifer, der wegen mangelnder medizinischer Versorgung starb - sein Gerichtsprozess steht aus. In Izhevsk wird gegen insgesamt 80 AntifaschistInnen ermittelt. Die Liste lässt sich fortsetzen. Das Recht auf Notwehr gegen die faschistischen Schläger ist de facto außer Kraft gesetzt.

Der Staatsapparat sieht seine Hauptaufgabe in der Unterdrückung und Behinderung progressiver sozialer Bewegungen und lässt den Naziterror gewähren.

...bis in die Ukraine.

Die Ukraine stellt sich gern als pro-europäisches und fortschrittliches Land dar. Dabei wird auch dort zu Teilen an die düstersten europäischen Traditionen angeknüpft: Am 17. April griffen fünfzehn Neo-Nazis in Odessa fünf Antifaschisten mit Steinen und Flaschen an. Um sein Leben zu verteidigen, setzte dabei einer der "Antifas" ein Messer ein. Dabei erlitt einer der Nazi-Skinheads eine schwere Verletzung. Die notwendige ärztliche Hilfe kam zu spät und er verstarb im Krankenhaus. Wäre kein Widerstand in dieser drastischen Form geleistet worden, hätten die Antifas ihr Leben vermutlich nicht schützen können.

Auch in der Ukraine gibt es immer häufiger Fälle von rassistischen Morden. Menschen, die gegen die Nazis und ihre Ideologie eintreten, riskieren ihr Leben. Neonazigruppen bekennen sich z.B. öffentlich dazu, "Blutrache"- Aktionen vorzubereiten.

Die Reaktion der ukrainischen Politik ist skandalös: Präsident W. Juschenko hat am 22. April 2009 die Selbstverteidigung der AntifaschistInnen in Odessa als gezielten Mord vorverurteilt, obwohl sich die polizeilichen Ermittlungen noch in der Anfangsphase befanden, und den Staatsschutz aufgefordert, nach politischen Motiven des Vorfalls zu suchen. Die Nazis verharmloste er als „Patrioten“. In den ukrainischen Massenmedien werden seitdem Nachrichten gestreut, die AntifaschistInnen würden von Russland aus gesteuert.

Die Polizei und der Geheimdienst SBU setzen Gewalt, Folter und andere Mittel ein, um Zeugen zu erpressen, um dadurch für die Neonazis günstige Aussagen zu bekommen. Opfer der Polizeigewalt und illegalen Festnahmen werden auch AktivistInnen aus ganz anderen Regionen der Ukraine, die gar nichts mit dem Vorfall zu tun haben können. Medien, PolitikerInnen und die extreme Rechte hetzen einträchtig gegen „antiukrainische“ AntifaschistInnen. Der Vorfall wird offensichtlich dafür genutzt, um umfassende Repression gegen eine für die Regierung nicht kontrollierbare Bewegung zu legitimieren.

Gerade in Zeiten der Krise ist eine Verstärkung der Repression gegen progressive soziale Bewegungen zu bemerken. Das trifft nicht nur AntifaschistInnen, sondern auch GewerkschafterInnen, UmweltschützerInnen, Menschen, die aktiv in ihrem Stadtteil sind, Schwulen- und Lesben-AktivistInnen... Diese Bewegungen stehen für eine andere, eine bessere Gesellschaft. Sie brauchen unsere Unterstützung!
Wir können faschistischen Tendenzen und dem Staatsapparat, der sie gewähren lässt und sie unterstützt, nur zusammen widerstehen!

Antifaschismus ist kein Verbrechen!
Schluss mit der Repression gegen AntifaschistInnen und andere soziale Bewegungen in Russland und der Ukraine!
Kein Fussbreit dem Faschismus auf der Strasse, in den Köpfen und im Staatsapparat!

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Solianka - <http://solianka.org/> RASH - <http://www.red-skins.de/wrash/>
North-East Antifascists - <http://nea.antifa.de/> Youth Human Rights
Movement Berlin - <http://www.yhrm-berlin.org/> Fanladen St. Pauli -
<http://www.stpauli-fanladen.de/> Blunties-Antifa Ultra' Berlin
<http://www.blunties-berlin.de/start.html> Alerta! Network
<http://alerta.bplaced.net/wordpress/> Cable Street Beat Düsseldorf -
<http://www.csb-duesseldorf.de/> Cable Street Beat Gütersloh
<http://csb-gt.de/> Cable Street Beat Berlin <http://www.csb-berlin.com/>
Rote Hilfe Düsseldorf-Neuss-Mönchengladbach, Antirassistische Initiative Berlin

Weitere Infos:

<http://antifa-action.org.ua/taxonomy/term/26>

<http://solianka.org/>

<http://www.ucsj.org/>

<http://xeno.sova-center.ru/6BA2468>

V.i.s.d.P.: Taras Shevchenko, Strasse der Befreiung 45, 10315 Berlin